

Stand: 15.09.2018

Naturschutz in der Bayerischen Politik

**Inwieweit werden die Forderungen des LBV
in den Wahlprogrammen der Parteien berücksichtigt?**

Expertise zur Landtagswahl 2018

**Centrum für angewandte Politikforschung
Ludwig-Maximilians-Universität München**
Maria- Theresia- Str. 21
81675 München
www.cap-lmu.de

**Landesbund für Vogelschutz in
Bayern e.V. (LBV)**
Eisvogelweg 1
91161 Hilpoltstein
www.lbv.de

Inhaltsverzeichnis

I. EINFÜHRUNG	3
II. THEMA NATURSCHUTZ IN DEN WAHLPROGRAMMEN DER PARTEIEN.....	3
III. ABGLEICH DER FORDERUNGEN DES LBV MIT DEN WAHLPROGRAMMEN DER PARTEIEN	5
1. Bayerns einzigartige Vielfalt bewahren – Biodiversität in der Agrarlandschaft sichern.....	6
2. Schutz von Gewässern – konsequente Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie.....	11
3. Freiräume in den Alpen schützen – Erhalt ^{des} Bayerischen Alpenplans	14
4. Staatlichen Naturschutz stärken – mehr Stellen für eine effektive Naturschutzarbeit	16
5. Heimat erhalten – Flächenverbrauch eingrenzen	16
6. Raum für Wildnis durch große Schutzgebiete – Ein 3. Nationalpark für Bayern	19
7. Unserer Natur eine Zukunft geben – Umweltbildung fördern.....	20
8. Sonstiges.....	21
IV. ZUSAMMENFASSUNG.....	23
V. FAZIT	24
VI. ANHANG.....	25
Kurzzusammenfassung.....	25
Übersicht	28
VII. LITERATURVERZEICHNIS*	30

I. Einführung

Bayern zeichnet sich durch eine große biologische Vielfalt aus, die vielerorts enormen Bedrohungen ausgesetzt ist. 2008 beschloss der Bayerische Ministerrat die sogenannte Bayerische Biodiversitätsstrategie¹ zur Sicherung der Artenvielfalt, dem Erhalt der Vielfalt der Lebensräume, der Verbesserung der ökologischen Durchlässigkeit von Wanderbarrieren und der Vermittlung und Vertiefung von Umweltwissen. Dennoch besteht noch dringender Handlungsbedarf, denn es geht weiterhin biologische Vielfalt in besorgniserregendem Ausmaß verloren.

Im Vorfeld der bayerischen Landtagswahl 2018 hat der LBV 7 Kernforderungen inklusive konkreten Unterpunkten aufgestellt und diese rechtzeitig den Parteien zukommen lassen. In dieser Expertise soll nun erstens untersucht werden, welche Rolle das Thema Naturschutz in den Wahlprogrammen von CSU², SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/GRÜNE, FDP, AfD, LINKE, ÖDP und Bayernpartei spielt, und zweitens inwieweit die Forderungen des LBV Eingang in die Wahlprogramme gefunden haben.

II. Thema Naturschutz in den Wahlprogrammen der Parteien

Im Folgenden wird analysiert welche Rolle der Naturschutz in den Wahlprogrammen der Parteien spielt. Konkret interessiert, an welcher Stelle im Wahlprogramm Ausführungen zum Naturschutz (und hier insbesondere jene, welche die Forderungen des LBV betreffen) stehen und in welchem Umfang das Thema beleuchtet wird.

Zu den Parteien im Einzelnen:

CSU

Das Regierungsprogramm der CSU umfasst 71 Seiten und 10 Kapitel. Das Thema Naturschutz wird in Kapitel 8 auf 6 Seiten behandelt. Überschrift dieses Kapitels ist „Wir schützen unsere Umwelt und setzen auf unsere Landwirtschaft“.

¹ Bayerische Staatsregierung (2008): Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt (Bayerische Biodiversitätsstrategie), https://www.stmuv.bayern.de/themen/naturschutz/biodiversitaet/doc/biodiv_strategie_endfass06_2009_ba1.pdf

² Die CSU hat zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Expertise noch kein Wahlprogramm veröffentlicht. Aus diesem Grund wird das Regierungsprogramm von Ministerpräsident Dr. Markus Söder von April 2018 herangezogen.

SPD

Das Programm der bayerischen SPD zur Landtagswahl trägt den Titel „Zukunft im Kopf, Bayern im Herzen“. Es umfasst 68 Seiten und setzt sich aus 14 übergeordneten Themen zusammen. Die Positionen zum Naturschutz finden sich sehr umfangreich an 10. Stelle unter dem Titel „Mut zu Fortschritt und Veränderung: Klima-, Umwelt- und Naturschutz für Bayern“ auf 5 Seiten.

FREIE WÄHLER

Das Wahlprogramm der FREIEN WÄHLER nennt sich „Für die Zukunft unserer Heimat“ und umfasst 94 Seiten. Das Thema Naturschutz findet Berücksichtigung in Kapitel 2 und 3 von 6 Kapiteln. Die Positionen der FREIEN WÄHLER im Einzelnen sind stichpunktartig dargestellt. Im Kapitel „Lebenswerte Heimat - Beste Lebensqualität in Stadt und Land“ stehen besonders unter „Umwelt schützen – Klimawandel stoppen“ einige wenige Stichpunkte, die den Naturschutz berühren. Im darauffolgenden Kapitel „Gesunde Umwelt – Umweltschutz ist Selbstschutz“, welches insgesamt 6 Seiten umfasst, werden unter anderem die Themen „Wasser, Luft und Boden“ sowie „Tier- und Pflanzenwelt – Schöpfung bewahren!“ behandelt.

BÜNDNIS 90/GRÜNE

Das Wahlprogramm der GRÜNEN trägt den Titel „Mit uns in die Zukunft!“ und umfasst 105 Seiten. Naturschutz als Kernthema der GRÜNEN findet sich im ersten von 4 Kapiteln wieder. Auf 14 Seiten werden die Positionen der GRÜNEN zu Umwelt, Naturschutz, Klimaschutz, nachhaltiger Landwirtschaft, Verbraucher*innenschutz und Mobilität dargestellt. Auf den folgenden 10 Seiten steht ein Aktionsplan mit konkreten Maßnahmen, in dem sich auch viele der Forderungen des LBV wiederfinden.

FDP

Das Wahlprogramm der bayerischen FDP trägt den Titel „Frisches Bayern“ und umfasst 77 Seiten mit 6 Kapiteln. Naturschutz wird im zweiten Kapitel „Ein unkomplizierter Freistaat“ behandelt. Der Titel „Nachhaltigkeit, Kreislaufwirtschaft, Umwelt- und Tierschutz“ umfasst 6 Seiten. Die Themen des LBV finden sich überwiegend in den Positionen wieder.

Die LINKE

Der Titel des Wahlprogramms der LINKEN für Bayern lautet „Mehr für die Mehrheit“ und umfasst 134 Seiten und 8 Kapitel. Naturschutz wird im siebten Kapitel „Ökologischer Um-

bau – Für ein lebenswertes Bayern“ behandelt. Nach einigen Seiten zum Klimaschutz, folgen 13 Seiten zum Naturschutz, auf denen sich viele der Forderungen des LBV wiederfinden.

AfD

Das Wahlprogramm der AfD nennt sich „Bayern. Aber sicher!“ und umfasst 99 Seiten mit 15 Kapiteln. Naturschutz wird in zwei Unterpunkten rudimentär im siebten Kapitel „Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz“ thematisiert.

ÖDP

Das Wahlprogramm der ÖDP trägt den Titel „132 Gründe, die ÖDP zu wählen!“ Die einzelnen „Gründe für die Wahl“ sind in 15 Unterpunkten auf 80 Seiten aufgelistet. Der Naturschutz wird an 11. Stelle unter der Überschrift „Wir achten die Natur und stehen zum Erhalt der natürlichen Artenvielfalt sowie zum Schutz der Lebensräume von Mensch, Tier und Pflanzenwelt“ in 11 „Gründen für die Wahl“ behandelt.

Bayernpartei

Das Wahlprogramm der Bayernpartei nennt sich „Weiß-Blaues-Manifest“ und ist nur auf der Website, nicht jedoch als Dokument verfügbar. Es besteht aus 10 Überpunkten. Ausführungen zum Naturschutz sind an 7. Stelle unter dem Titel „Umweltschutz ist Heimatliebe in einem Absatz zu finden.

III. Abgleich der Forderungen des LBV mit den Wahlprogrammen der Parteien

Der LBV hat im Vorfeld der Landtagswahl konkrete Forderungen formuliert, die in unterschiedlichem Ausmaß Niederschlag in den Wahlprogrammen der Parteien gefunden haben. Während die Themen weitestgehend Berücksichtigung finden, sind die vorgeschlagenen Maßnahmen teilweise relativ unterschiedlich, teilweise herrscht jedoch auch breiter Konsens.

Zu den Forderungen im Einzelnen:

1. Bayerns einzigartige Vielfalt bewahren – Biodiversität in der Agrarlandschaft sichern

Während sich die Parteien weitestgehend darüber einig sind, dass die Biodiversität gesichert werden muss, gehen ihre Vorschläge zur Erreichung dieses Zieles weit auseinander.³

Der LBV fordert die **Anpassung der Agrarumweltprogramme zum Erhalt und zur Sicherung der Ökologischen Vorrangflächen (ÖVF)** und formuliert für die laufende Förderperiode konkrete Voraussetzungen für die Förderung von ÖVF. Langfristig möchte der LBV die bisherigen Direktzahlungen durch leistungsgerechte Prämien ausschließlich für ökologische Maßnahmen und Gemeinwohlleistungen ersetzen.

Diese Forderungen sind in dieser Form in keinem der Wahlprogramme zu finden.

Die **GRÜNEN** möchten den Anteil der Ökologischen Vorrangflächen jedoch deutlich erhöhen und die nationale und europäische Biodiversitätsstrategie auch in Bayern konsequent umsetzen.⁴ „Unsere heimischen Tier- und Pflanzenarten brauchen intakte Lebensräume und kleinteilige Landschaften mit Hecken, Ackerrainen oder ungestörten Brachflächen. Deshalb stehen wir für wirksamen Arten- und Naturschutz ein. Wir werden die nationale und europäische Biodiversitätsstrategie auch in Bayern konsequent umsetzen und den Anteil ökologischer Vorrangflächen deutlich erhöhen. Hier hat Natur Vorrang vor intensiver Landwirtschaft und Flächenverbrauch. Mit unserer Naturschutzstrategie stoppen wir den Verlust der biologischen Vielfalt. Dafür wollen wir das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 in Bayern schnell und mit allen Vorgaben zu einem wirkungsvollen Biotopverbund ausbauen.“⁵

Die **FREIEN WÄHLER** plädieren für den „Schutz und Verbesserung von Lebensräumen für freilebende Tiere und Pflanzen, auch in Siedlungsgebieten“ und für die „bessere Nutzung von „Eh-da-Flächen“ für den Artenschutz.“⁶

Die **AfD** ist der Meinung, dass die Förderung des Greenings auch an den Nutzen für die Natur angepasst werden muss. „Von den Greening Maßnahmen (Grasuntersaat, Anbau

³ Die konkreten Vorschläge der Parteien zum Schutz der Biodiversität sind in der detaillierten Version der Expertise unter III. 1. aufgelistet.

⁴ vgl. S. 10, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

⁵ vgl. S. 10, Wahlprogramm BÜNDNIS90/ GRÜNE

⁶ vgl. S. 38, Wahlprogramm FW

von Zwischenfrüchten, ökologische Vorrangflächen, Fruchtartenvielfalt) in der Landwirtschaft, die von der EU gefördert werden, haben nur drei von zehn möglichen Maßnahmen einen positiven Effekt. Die Förderung muss auch an den Nutzen für die Natur angepasst werden. Maßnahmen gegen die rapide Ausbreitung gebietsfremder Arten, die heimische Arten verdrängen, müssen erarbeitet und umgesetzt werden.“⁷

Weiterhin fordert der LBV **die sofortige Reduktion von Pflanzenschutzmitteln und ein langfristiges Verbot schädlicher Wirkstoffe**. Die für Bestäuberinsekten schädlichen Neonicotinoide müssen ab sofort verboten werden. Die landwirtschaftliche Beratung und Forschung zu alternativen Methoden der Schädlingsbekämpfung (v.a. Fruchtfolgen, mechanische Methoden, Naturstoffe und biologische Substanzen) muss dafür stärker gefördert werden.

Das Thema Pflanzenschutzmittel ist in allen Wahlprogrammen enthalten. **SPD**⁸, **FREIE WÄHLER**⁹, **GRÜNE**¹⁰, **LINKE**¹¹, **ÖDP**¹² und **Bayernpartei**¹³ teilen die Meinung des LBV, dass Pflanzenschutzmittel, die für das Insektensterben mitverantwortlich sind verboten werden müssen.

Die **SPD** fordert eine bayerische Pestizidminimierungsstrategie, um die Umweltfolgen durch Pestizide effizient zu minimieren, „beispielsweise durch eine Förderung von sinnvollen Fruchtfolgen, das Verbot von hochgiftigen Insektengiften und hochgradig wassergefährdenden Substanzen.“¹⁴ Die SPD will eine „umweltfreundliche Landwirtschaft fördern, die möglichst wenig Dünger und Spritzmittel einsetzt.“¹⁵ „Glyphosat, Neonicotinoide und andere Pestizide (...) sind die größten Feinde unserer Bestäuber*innen, z.B. der Honigbienen und Wildbienen. Wir setzen uns für eine Landwirtschaft ohne Pestizideinsatz ein.“¹⁶

⁷ vgl. S. 57, Wahlprogramm AfD

⁸ vgl. S. 41, Wahlprogramm SPD

⁹ vgl. S. 38, Wahlprogramm FW

¹⁰ vgl. S. 16, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

¹¹ vgl. S. 125, Wahlprogramm LINKE

¹² vgl. S. 59, Wahlprogramm ÖDP

¹³ vgl. Wahlprogramm Bayernpartei

¹⁴ vgl. S. 41, Wahlprogramm SPD

¹⁵ vgl. S. 38, Wahlprogramm SPD

¹⁶ vgl. S. 41, Wahlprogramm SPD

Ziel der **GRÜNEN** „ist eine Landwirtschaft, die ohne Pestizide auskommt“. Als Zwischenziel soll bis 2030 der Pestizideinsatz halbiert werden, indem Landwirte, die auf Pestizide verzichten finanziell unterstützt werden sollen.¹⁷ Die GRÜNEN fördern eine „bodenschonende Landwirtschaft“. Nachhaltig wirtschaftende Betriebe sollen für zusätzliches Engagement im Artenschutz, Gewässerschutz, Tierschutz oder Klimaschutz niedrigschwellig unterstützt werden.¹⁸

Die **LINKE** fordert eine „Vorreiterrolle Bayerns in der Erforschung des biologischen Pflanzenschutzes“ sowie „das sofortige Verbot von Pestiziden, die nachweislich das Insektensterben mitverursachen oder die menschliche Gesundheit bedrohen“ und „den kontinuierlichen Ersatz des konventionellen Pflanzenschutzes durch Maßnahmen des ökologischen Pflanzenschutzes.“¹⁹

Für die **CSU** gilt „Freiwilligkeit vor Ordnungsrecht bei Umweltmaßnahmen“. Die konventionelle Landwirtschaft ist für die CSU „genauso wertvoll“ wie die biologische. „Zur Reduzierung von Schädlingsbekämpfungsmitteln und für eine effizientere Bewirtschaftung wird ein 1.000-Feldroboter-Programm aufgelegt.“²⁰

Die **FDP** plädiert für „wirkgenaue, spezialisierte Pflanzenschutzstrategien, um dadurch den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln nachhaltig zu reduzieren.“ Zudem sollen „moderne Technologien“ den Pflanzenschutzmitteleinsatz reduzieren und anpassen. Die FDP erkennt „sowohl die möglichen Risiken als auch den Nutzen moderner Pflanzenschutzmittel“ an. Sie lädiert für eine „konstruktive Aufklärungsarbeit“, da die „öffentliche Einstellung dazu oft von einer nicht faktenbasierten Hysterie begleitet“ ist. Die Forschung soll gestärkt werden und der „Ausbau der konzernunabhängigen Pflanzenzucht“ weiterentwickelt werden.²¹

Die **ÖDP** setzt sich für die Schonung von Boden, Artenvielfalt, Gewässer, Luft und Atmosphäre ein. Die Landwirtschaftsförderung soll sich daher laut ÖDP „an den Leistungen der Bauern für die Schonung der genannten Schutzgüter“ orientieren.²²

„Erhalt, Stärkung und Wiederherstellung der Artenvielfalt und der dafür nötigen Lebensräume ist nur in Kooperation mit der bäuerlichen Landwirtschaft möglich. Deshalb setzen

¹⁷ vgl. S. 16, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

¹⁸ vgl. S. 31, Wahlprogramm BÜNDNIS90/GRÜNE

¹⁹ vgl. S. 125, Wahlprogramm LINKE

²⁰ vgl. S. 56, Regierungsprogramm CSU

²¹ vgl. S. 42 u. 43, Wahlprogramm FDP

²² vgl. S. 10, Wahlprogramm ÖDP

wir uns für den Ausbau der Angebote im Vertragsnaturschutz ein. Leistungen der Landwirte für das Gemeinwohl (Artenschutz, Tierschutz, Gewässerschutz, Biotoperhaltung, Verzicht auf Agrochemie) müssen stärker als bisher honoriert werden. Bäuerlichen Familienbetrieben muss auf diese Weise ein angemessenes Einkommen garantiert werden.“²³ „Beim Bodenschutz geht es vor allem um den Erhalt der Humusmenge und die Verhinderung von Erosion, weiterer Verdichtung und Kontamination mit Schadstoffen.“ Der Bestand soll geschützt werden, geschädigte Bereiche saniert werden und vorhandene Biotopnetze vernetzt werden.²⁴

Der LBV fordert zudem ein wissenschaftlich aussagekräftiges **Monitoring von Insekten** auf geeigneten Indikatorflächen. Es sollen hierfür exemplarische Monitoringflächen eingerichtet werden.

Die einzige Partei, die diese Forderung so in ihrem Wahlprogramm aufgenommen hat, ist die Partei der **GRÜNEN**, die ein Bayerisches Artenschutzgesetz auf den Weg bringen will. Das intensive Beobachten des Insektensterbens soll im Umweltministerium verankert werden.²⁵

SPD²⁶, **FREIE WÄHLER**²⁷, **FDP**²⁸ und **LINKE**²⁹ thematisieren das Insektensterben in ihren Wahlprogrammen, schlagen jedoch andere Maßnahmen vor.

Die **CSU** will ein Bayerisches Artenschutzzentrum in Augsburg errichten. Insbesondere zum Schutz der Bienen soll eine Außenstelle in Veitshöchheim und für die Artenvielfalt im Alpenbereich eine Außenstelle in Laufen eingerichtet werden.³⁰

Die **SPD** plädiert dafür das Insektensterben „möglichst schnell (zu) stoppen und um(zu)kehren.“³¹

Die **FW** fordern „Programme zum Schutz von Bienen und der Förderung der Imkerei“.³²

²³ vgl. S. 59, Wahlprogramm ÖDP

²⁴ vgl. S. 10, Wahlprogramm ÖDP

²⁵ vgl. S. 10, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

²⁶ vgl. S. 38, Wahlprogramm SPD

²⁷ vgl. S. 24, Wahlprogramm FW

²⁸ vgl. S. 43, Wahlprogramm FDP

²⁹ vgl. S. 125, Wahlprogramm LINKE

³⁰ vgl. S. 58, Regierungsprogramm CSU

³¹ vgl. S. 38, Wahlprogramm SPD

³² vgl. S. 24, Wahlprogramm FW

Die **FDP** fordert „Maßnahmen gegen den Rückgang der Insektendichte in Deutschland.“ Menschen sollen für den Lebensraum der Bienen sensibilisiert werden. „Die Ursachen für das Bienen- und Insektensterben müssen weiter erforscht werden.“³³

Die **LINKEN** fordern eine Reihe an Maßnahmen, um dem Insektensterben zu begegnen. Darunter sind „die Aufstockung der Mittel zur Förderung von Maßnahmen im Bereich der Bienenhaltung“, „ein flächendeckendes Monitoring auf Pestizidrückständen im Honig“, „eine Intensivierung der Erforschung von Bienenkrankheiten wie der Amerikanischen Faulbrut“, „ein Förderprogramm als Anreiz für Kommunen, Blühflächen im öffentlichen Grün zu schaffen“, „eine bessere Förderung von Streuobstwiesen als Lebensraum und Futtergrundlage für Insekten (...)“ und „eine gezielte Förderung des Nahrungsangebots der Bienen im Sommer“.³⁴

Eine weitere Forderung des LBV ist, dass gemäß dem Biodiversitäts-Programm 2030 der bayerischen Staatsregierung **ausreichend finanzielle Mittel zur Umsetzung von Artenhilfsprogrammen** und für das **Management von Schutzgebieten** bereitgestellt werden. Dazu muss die **Einrichtung eines eigenen Förderprogramms** zur Umsetzung naturschutzfachlicher Vorgaben auf EU-Ebene vorangetrieben werden.

In dieser Form findet sich diese Forderung in keinem der Wahlprogramme wieder.

Die **SPD** teilt jedoch das Ziel des besseren Schutzes der Schutzgebiete.³⁵

Die **GRÜNEN** wollen die nationale und europäische Biodiversitätsstrategie auch in Bayern konsequent umsetzen. (vgl. S. 10, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE) und die „Kulturlandschafts- und Vertragsnaturschutzprogramme deutlich aufstocken“, um „neuen Lebensraum und Futtergrundlage für Bienen und viele Vogelarten“ zu schaffen. Ebenso wird die Anlage von „Wildhecken, Blühstreifen und Brachen“ gefordert, „denn sie sind ein wichtiger Lebensraum für zahlreiche Kleintiere und Vögel“. Die GRÜNEN fördern außerdem „eine bienenfreundliche Land- und Forstwirtschaft genauso wie Projekte und Initiativen in den Kommunen“.³⁶

³³ vgl. S. 43, Wahlprogramm FDP

³⁴ vgl. S. 125, Wahlprogramm LINKE

³⁵ vgl. S. 38, Wahlprogramm SPD

³⁶ vgl. S. 30f., Wahlprogramm BÜNDNIS90/GRÜNE

2. Schutz von Gewässern – konsequente Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie

Der LBV konstatiert, dass sich der größte Biotopverbund, den wir in Bayern haben, in teilweise schlechtem ökonomischen Zustand befindet und fordert, dass Bayern seiner Verpflichtung der **Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie** nachkommt.

Diese Forderung findet sich auch in den Wahlprogrammen der **SPD**³⁷ und der **GRÜNEN**³⁸ wieder.

Die **GRÜNEN** wollen außerdem den Einsatz von Pestiziden und Mineraldüngern bis 2030 halbieren und langfristig beenden.³⁹

Die **LINKEN** fordern „flächendeckende und engmaschige Kontrollen der bayerischen Gewässer auf Schadstoffe, insbesondere auch auf Pflanzenschutzmittel, hormonaktive Substanzen, Mikroplastik, antibiotikaresistente Bakterien und multiresistente Keime.“⁴⁰

Die **ÖDP** plädiert „für eine Förderung der Landwirtschaft, die sich u. a. am Ziel des Grundwasserschutzes orientiert.“⁴¹

Die **Bayernpartei** fordert, dass „die Behörden bei steigenden Nitratwerten nicht länger wegschauen.“⁴²

2.1 Vermeidung von Sedimenteinträgen in Gewässern

Um Sedimenteinträge in Gewässer zu minimieren, fordert der LBV den **Wasserrückhalt in der Fläche zu fördern** sowie **Erosionshindernisse** in der Landschaft (Hecken, Raine) und Gewässerrandstreifen anzulegen.

Diese Forderung teilen **SPD**⁴³ und **GRÜNE**⁴⁴.

Die **FDP** will den bayerischen Wasserschutzrahmenplan im Sinne einer „differenzierten Qualitätsüberprüfung“ gestalten, wobei berücksichtigt werden soll, dass die Bedürfnisse von Flora und Fauna andere sind, als die des Menschen. Die FDP will „den bayerischen

³⁷ vgl. S. 39, Wahlprogramm SPD

³⁸ vgl. S. 8, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/BÜNDNIS 90/GRÜNE

³⁹ vgl. S. 8, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

⁴⁰ vgl. S. 122, Wahlprogramm LINKE

⁴¹ vgl. S. 61, Wahlprogramm ÖDP

⁴² vgl. Wahlprogramm der Bayernpartei

⁴³ vgl. S. 39 u. 42, Wahlprogramm SPD

⁴⁴ vgl. S. 16, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

Wasserschutzrahmenplan im Sinne einer solchen, differenzierten Qualitätsüberprüfung gestalten“.⁴⁵

2.2 Verpflichtende Anlage von Gewässerrandstreifen

Der LBV fordert die verpflichtende Anlage von **Gewässerrandstreifen**, da diese aufgrund vieler positiver Auswirkungen unverzichtbar sind.

SPD⁴⁶, **GRÜNE**⁴⁷ und **LINKE**⁴⁸ teilen diese Forderung.

2.3 Wiederherstellung der Durchgängigkeit von Fließgewässern

Der LBV fordert bisher **unverbaute Fließgewässer vorrangig zu erhalten**. Bei verbauten Gewässern muss laut LBV eine **Wiederherstellung der biologischen und ökologischen Durchgängigkeit** linear und lateral erfolgen.

Diese Forderung findet sich auch bei **SPD**⁴⁹, **LINKE**⁵⁰, und **ÖDP**⁵¹.

Die **SPD** fordert, dass die „Gewässer für die Fische wieder durchgängig werden“.⁵²

Die **Linke** fordern „eine Sicherstellung der Durchgängigkeit der Gewässer für wandernde Fischarten“.⁵³

Laut **ÖDP** sind „freifließende und naturnahe Gewässer (...) zu erhalten. (vgl. S. 57, Wahlprogramm ÖDP). Die ÖDP fordert „die frei strömende Donau (zu) erhalten“ und dass „die Donaulandschaft (...) UNESCO Weltkultur- und Naturerbe werden“ soll.⁵⁴

2.4 Natürlicher Hochwasserschutz

Der LBV fordert **natürlichem Hochwasserschutz** immer Vorrang vor technischen Lösungen zu gewähren. Dazu muss der Wasserrückhalt in der Fläche, v.a. an Gewässern III. Ord-

⁴⁵ vgl. S. 32, Wahlprogramm FDP

⁴⁶ vgl. S. 39 u. 42, Wahlprogramm SPD

⁴⁷ vgl. S. 16, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

⁴⁸ vgl. S. 122, Wahlprogramm LINKE

⁴⁹ vgl. S. 39, Wahlprogramm SPD

⁵⁰ vgl. S. 122, Wahlprogramm LINKE

⁵¹ vgl. S. 58, Wahlprogramm ÖDP

⁵² vgl. S. 39, Wahlprogramm SPD

⁵³ vgl. S. 122, Wahlprogramm LINKE

⁵⁴ vgl. S. 58, Wahlprogramm ÖDP

nung erhöht werden. Natürliche Hochwasserspeicher wie Feuchtgebiete und Moore bieten den besten Schutz: Naturschutz ist Hochwasserschutz! Die Forderung des natürlichen Hochwasserschutzes unterstützen **SPD**⁵⁵, **GRÜNE**⁵⁶, **LINKE**⁵⁷ und **ÖDP**⁵⁸.

Die **FDP** sieht die „Neuausweisung von Überschwemmungsgebieten mit Bebauungsverbot als ein sinnvolles Mittel zum Hochwasserschutz“. „Wer in potenziell hochwassergefährdeten Gebieten baut, für die ein aktueller Risiko- und Gefahrenplan besteht, muss für Hochwasserschutzmaßnahmen selbst aufkommen.“⁵⁹

Die **SPD** ist der Meinung, dass ein „Grünstreifen entlang von Gewässern“ und „mehr natürliche Flüsse und Flussauen“ dem „natürlichen Hochwasserschutz“ dienen.⁶⁰

Die **FREIEN WÄHLER** sind für „Hochwasserschutz mit dezentralen Wasserrückhaltmaßnahmen“ (vgl. S. 26, Wahlprogramm FW) und „mehr Unterstützung der Kommunen für dezentralen Wasserrückhalt für Grundwasserschutz und Hochwasserschutz“⁶¹

Für die **Grünen** „hat der ökologische Hochwasserschutz Vorrang“. Flüssen und Bächen soll wieder mehr Raum gegeben werden, damit die Flussauen als natürliche Wasserspeicher zur Verfügung stehen. Durch ökologische Landwirtschaft und naturnahe Forstwirtschaft, sollen die Böden wieder mehr Wasser aufnehmen können. Renaturierung der Moore soll vorangetrieben werden. Der ungebrochene Trend zur Versiegelung von Flächen soll gestoppt werden. Die Orte sollen mit „technischen Maßnahmen, etwa höheren Deichen, wirksam vor Überschwemmungen“ geschützt werden.⁶²

Die **LINKE** fordert „ökologischen Hochwasserschutz in der Fläche; Deichbau alleine ist keine Lösung, sondern verschärft das Problem“. Daher will die LINKE „keine Baumaßnahmen auf hochwassergefährdeten Flächen und angrenzend keine Versiegelung“, „eine Rückverlegung von Deichen“, „die Förderung von Bewirtschaftungsformen, die Bodenverdichtung, bewuchsfreie Perioden und Oberflächenabfluss minimieren“, „den verbindlichen Schutz der Ufer- und Gewässerrandstreifen“, „die Wiedervernässung von Mooren im Rahmen eines landesweiten Moorschutzplans“, „ein Landesprogramm zur Förderung von ökologischen Bewirtschaftungsformen von denaturierten Mooren (Paludikultur)“ und

⁵⁵ vgl. S. 39, Wahlprogramm SPD

⁵⁶ vgl. S. 14 u. 29, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

⁵⁷ vgl. S. 122, Wahlprogramm LINKE

⁵⁸ vgl. S. 62, Wahlprogramm ÖDP

⁵⁹ vgl. S. 33, Wahlprogramm FDP

⁶⁰ vgl. S. 39, Wahlprogramm SPD

⁶¹ vgl. S. 32, Wahlprogramm FW

⁶² vgl. S. 14 u. S. 29, Wahlprogramm BÜNDNIS90/GRÜNE

„Auenschutz als gelebten Klima-, Natur- und Hochwasserschutz; dies beinhaltet einen Nationalpark Donauauen“⁶³

Die **ÖDP** fordert einen „Masterplan für natürlichen, dezentralen Hochwasserschutz“. Sie bezeichnet den „natürliche(n) Hochwasserschutz in der Fläche“ als die „größte zusammenhängende Baustelle Bayerns - ein gesamtbayerisches Solidarprojekt“. (vgl. S. 62, Wahlprogramm ÖDP)

3. Freiräume in den Alpen schützen – Erhalt des Bayerischen Alpenplans

Der LBV setzt sich für den **Erhalt des Bayerischen Alpenplans** ein, denn er ermöglicht den Erhalt von Freiräumen für Mensch und Tier sowie Schutz sensibler Ökosysteme und steht gleichermaßen für Planung mit Weitblick, sanften Tourismus und den Schutz vor Georisiken.

Zu dieser Forderung bekennen sich auch **SPD**⁶⁴, **GRÜNE**⁶⁵, **FDP**⁶⁶, **LINKE**⁶⁷ und **ÖDP**⁶⁸ in ihren Wahlprogrammen.

Die **SPD** bekennt sich „zum „Schutz der bayerischen Alpen, zu den Zielen der internationalen Alpenkonvention, vor allem zum Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung, und zum bayerischen Alpenplan von 1972“. (vgl. S. 39, Wahlprogramm SPD)

Die **GRÜNEN** setzen sich „mit Nachdruck dafür ein, den Alpenplan und seine Schutzfunktion wiederherzustellen.“ Die Ziele des Alpenplans dürfen laut GRÜNEN „nicht aufgeweicht, ökologisch wertvolle Zonen in den Alpen nicht durch wirtschaftliche Nutzung zerstört werden“. (vgl. S. 26, Wahlprogramm BÜNDNIS90/GRÜNE)

Die **FDP** fordert: „Die im Alpenplan ausgewiesenen Schutzzonen müssen unverändert bestehen bleiben.“ Zudem soll die „Modernisierung bestehender touristischer Einrichtungen“ Vorrang vor dem Neubau haben und die Alpenkonvention muss konsequent umgesetzt werden. (vgl. S. 34, Wahlprogramm FDP)

Laut **LINKE** muss die Änderung des Alpenplans verhindert werden. (vgl. S. 119, Wahlprogramm LINKE)

⁶³ vgl. S. 122, Wahlprogramm LINKE

⁶⁴ vgl. S. 39, Wahlprogramm SPD

⁶⁵ vgl. S. 26, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

⁶⁶ vgl. S. 34, Wahlprogramm FDP

⁶⁷ vgl. S. 119, Wahlprogramm LINKE

⁶⁸ vgl. S. 57, Wahlprogramm ÖDP

Die **ÖDP** plädiert dafür, den Alpenplan “unverändert zu belassen” und “die Alpenkonvention (...) in direktes Recht umzusetzen”. (vgl. S. 57, Wahlprogramm ÖDP)

3.1 Rücknahme der Neuzonierung am Riedberger Horn durch den Landtag

Die **Änderung der Schutzzone C im Oberallgäu** muss laut LBV **rückgängig** gemacht werden, da dies auch weiteren Bauvorhaben in sensiblen Gebieten Tür und Tor öffnen würde.

Auch die **SPD**⁶⁹ und die **GRÜNEN**⁷⁰ wollen die Neuzonierung rückgängig machen.

Die **SPD** lehnt „Eingriffe aus Profitgründen wie z.B. am Riedberger Horn im Oberallgäu“ strikt ab und will die Änderung des Alpenplans rückgängig machen. (vgl. S. 39, Wahlprogramm SPD)

Die **GRÜNEN** wollen sensible Regionen in den Alpen, wie das Riedberger Horn schützen und daher „die Herabstufungen im Alpenplan wieder rückgängig machen und die Neuaufnahme schützenswerter Flächen prüfen“. (vgl. S. 9, Wahlprogramm BÜNDNIS90/GRÜNE)

3.2 Artenschutzmaßnahmen für das Birkhuhn am Riedberger Horn

Neben dem **Erhalt der Ruhezone** fordert der LBV **Schutzmaßnahmen für das Birkhuhn** und eine **effektive Besucherlenkung** am Riedberger Horn wie auch in anderen sensiblen Lebensräumen.

Diese Forderung findet sich in keinem der Wahlprogramme wieder.

3.3 Keine Förderung der Beschneiungsinfrastruktur

Die **Förderung der Beschneiungsinfrastruktur** ist laut LBV aus klimapolitischer, energetischer und ökologischer Sicht ein **Irrweg**.

Die **GRÜNEN** setzen auf „nachhaltigen und umweltfreundlichen Urlaub mit vielfältigen Sport-, Gesundheits- und Wellness- sowie Kulturangeboten im ganzen Jahr – und nicht auf Schneekanonen“. (vgl. S. 58, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE)

⁶⁹ vgl. S. 39, Wahlprogramm SPD

⁷⁰ vgl. S. 9, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

Die **ÖDP** positioniert sich klar gegen die Zulassung weiterer Beschneiungsanlagen (vgl. S. 60, Wahlprogramm ÖDP)

4. Staatlichen Naturschutz stärken – mehr Stellen für eine effektive Naturschutzarbeit

Laut LBV stellt die Naturschutzverwaltung neben Ehrenamtlichen und Verbänden das wichtigste Standbein des Naturschutzes in Bayern dar.

Die **CSU** will „die bayerischen Naturparke mit Naturparkzentren und Naturparkrangern“ (vgl. S. 56, Regierungsprogramm CSU) und das bestehende Vertragsnaturschutzprogramm mit insgesamt 10 Mio. Euro stärken. (vgl. S. 58, Regierungsprogramm CSU)

Die **FDP** möchte die Stelle einer „Ombudsperson für künftige Generationen“ am Bayerischen Landtag einrichten. Sie soll bewerten, ob ein Gesetz künftigen Generationen hilft und mögliche Probleme öffentlich machen. Zudem soll sie als Ideengeber für weitere Gesetzesinitiativen fungieren. (vgl. S. 34, Wahlprogramm FDP)

4.1 Ausreichendes Personal in der Naturschutzverwaltung

In keinem der Wahlprogramme findet sich eine entsprechende Position zum Thema.

4.2 Ein Biodiversitätsberater in jedem Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

In keinem der Wahlprogramme findet sich eine entsprechende Position zum Thema.

4.3 Konsequente Erfassung und Evaluierung von Kompensationsflächen

In keinem der Wahlprogramme findet sich eine entsprechende Position zum Thema.

5. Heimat erhalten – Flächenverbrauch eingrenzen

Der LBV möchte den **Flächenverbrauch in Bayern begrenzen** und schlägt hierfür eine Reihe von Maßnahmen vor.

Die grundsätzliche Zielsetzung den Flächenverbrauch zu begrenzen teilen einige der Parteien, jedoch unterscheiden sich die Parteien bei den Bedingungen für eine Begrenzung und den konkreten Maßnahmen zur Umsetzung.

CSU⁷¹, **SPD**⁷² und **FDP**⁷³ formulieren alle das Ziel, dass Nachverdichtung Vorrang vor Neubebauung haben sollte.

Die **CSU** will außerdem jeden Quadratmeter, der dauerhaft entsiegelt wird, finanziell fördern. Verbote und starre Flächengrenzen sind für die CSU aber der falsche Weg. Sie ist auch der Meinung, „Verbote und starre Flächengrenzen sind der falsche Weg.“ Stattdessen sollen „Städtebauförderung und Dorferneuerung“ nach dem Motto „Innen statt Außen“ ausgeweitet werden und Ortskerne revitalisiert werden. (vgl. S. 58, Regierungsprogramm CSU)

Die **SPD** strebt eine Vorreiterrolle in Deutschland beim geringsten Flächenverbrauch an und will den Flächenverbrauch in Bayern begrenzen. Langfristig will die SPD „wirksame Instrumente entwickeln, mit denen sich der Schutz von Landschaft und Natur mit wirtschaftlichen und sozialen Erfordernissen verbinden lässt.“ Wichtig ist der SPD, dass Innenentwicklung Vorrang vor der Erweiterung nach außen hat. (vgl. S. 38 f., Wahlprogramm SPD)

Die **FREIEN WÄHLER** fordern „mehr Grün in den Städten statt rigoroser Nachverdichtung“ und den „sorgsame(...)(n) Umgang mit Baugrund und Gewerbeflächen“. (vgl. S. 33, Wahlprogramm FW)

Die **LINKE** fordert sogar den Rückbau versiegelter Flächen und möglichst ein Bauen in die Höhe statt in die Fläche. Außerdem fordert die LINKE „eine Flächenversiegelungsabgabe einzuführen, um den zusätzlichen Flächenverbrauch für Verkehrs- und Siedlungsflächen (...) zu stoppen sowie Entsiegelungen an nicht mehr benötigten Flächen vorzuschreiben bzw. attraktiv zu machen.“ (vgl. S. 119 f., Wahlprogramm LINKE)

5.1 Flächenverbrauch auf 5 ha/Tag eingrenzen

Dieses Ziel, dass sich aus dem Sondierungspapier der Großen Koalition für Bayern ergibt, muss aus Sicht des LBV kurzfristig umgesetzt werden.

Auch **GRÜNE**⁷⁴ und **ÖDP**⁷⁵ formulieren das Ziel den Flächenverbrauch in Bayern auf 5 Hektar am Tag zu begrenzen.

⁷¹ vgl. S. 58, Wahlprogramm CSU

⁷² vgl. S. 38 f., Wahlprogramm SPD

⁷³ vgl. S. 38, Wahlprogramm FDP

⁷⁴ vgl. S. 9/25, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

⁷⁵ vgl. S. 57, Wahlprogramm ÖDP

Die **GRÜNEN** wollen „den Flächenverbrauch per Gesetz auf durchschnittlich fünf Hektar am Tag“ begrenzen. Verschiedene Maßnahmen werden zur Umsetzung vorgeschlagen, wie z.B. „ein Flächenpool, Flächenzertifikate, neue Qualitätskriterien für Planung, Kontrollsysteme, Erleichtern von Innenentwicklung oder Stärken der Landesplanung“. (vgl. S. 9 u. 25, Wahlprogramm BÜNDNIS90/GRÜNE)

Die **ÖDP** fordert „mittelfristig den Netto-Flächenverbrauch in Bayern komplett zu stoppen“. Als erster Schritt soll hierfür der Flächenverbrauch kurzfristig auf max. 5 Hektar pro Tag begrenzt werden. (vgl. S. 57, Wahlprogramm ÖDP)

5.2 Umsetzung konkreter Instrumente und Maßnahmen, keine 3. Startbahn am Münchener Flughafen

Um die gewünschte Obergrenze von 5 ha/Tag auch einhalten zu können, bedarf es einer ausgewogenen Mischung **ökonomischer und landesplanerischer Instrumente**. Beispiele sind die **Reform der Grundsteuer** und eine umgehende **Rücknahme der Lockerung des Anbindegebots** im Landesentwicklungsprogramm.

Um den Flächenverbrauch nachhaltig zu reduzieren, müssen vor allem **Großprojekte** stärker auf ihre Notwendigkeit und ihre Sinnhaftigkeit **überprüft** werden.

Die **SPD**⁷⁶ teilt die Forderung nach Rücknahme des Anbindegebots im Landesentwicklungsprogramm.

Gegen den Bau einer dritten Startbahn am Münchener Flughafen sind **SPD**⁷⁷, **FREIE WÄHLER**⁷⁸, **GRÜNE**⁷⁹, **LINKE**⁸⁰ und **ÖDP**⁸¹.

Die **FDP** spricht sich für den Bau der dritten Startbahn aus. (vgl. S. 57, Wahlprogramm FDP)

Die **AfD** möchte eine Volksabstimmung unter den bayerischen Bürgern über den Bau einer dritten Startbahn durchführen oder die Flughäfen München und Nürnberg mit einem Schnellbahnsystem verbinden. (vgl. S. 91, Wahlprogramm AfD)

⁷⁶ vgl. S. 39, Wahlprogramm SPD

⁷⁷ vgl. S. 49, Wahlprogramm SPD

⁷⁸ vgl. S. 33, Wahlprogramm FW

⁷⁹ vgl. S. 25 u. 34, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

⁸⁰ vgl. S. 117, Wahlprogramm LINKE

⁸¹ vgl. S. 28, Wahlprogramm ÖDP

6. Raum für Wildnis durch große Schutzgebiete – Ein 3. Nationalpark für Bayern

Der LBV spricht sich für die Einrichtung eines dritten bayerischen Nationalparks aus. Diese Forderung teilen **SPD**⁸², **GRÜNE**⁸³, **LINKE**⁸⁴ und **ÖDP**⁸⁵.

Die **SPD** schlägt beispielsweise den Steigerwald oder Spessart zum Schutz alter Laubwälder oder an der Donau für die verbleibenden Auen vor. (vgl. S. 38, Wahlprogramm SPD)

Die **GRÜNEN** bekräftigen den Beschluss über die Ausweisung eines Nationalparks Steigerwald und schlagen Machbarkeitsstudien für die Buchenwälder im Steigerwald, die Laubwälder im Spessart, das Ammergebirge mit seinen Bergmischwäldern, die Auen an der Isar und der Donau und für die Rhön vor. Für die GRÜNEN sind auch mehrere neue Nationalparke denkbar. (vgl. S. 10 u. 26, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Die **LINKE** will sogar zwei weitere Nationalparks gründen. (vgl. S. 120, Wahlprogramm LINKE)

Auch für die **ÖDP** wären mehrere neue Nationalparks denkbar, „da es verschiedene besonders schützenswerte Lebensraumtypen (z. B. Buchenwälder, Auwälder, usw.) gibt“. (vgl. S. 62, Wahlprogramm ÖDP)

Aus Sicht der **FDP** muss die Bevölkerung die Entstehung neuer Nationalparks absegnen. Die FDP befürwortet die „die bereits bestehenden bayerischen Nationalparks ebenso wie Initiativen für neue Naturparks.“ (vgl. S. 34, Wahlprogramm FDP)

Die **AfD** spricht sich gegen die Einrichtung eines neuen Nationalparks aus, da kein geeigneter Standort ersichtlich ist. „Naturparks oder Biosphärenreservate bieten einen weitaus besseren Schutzgebietsrahmen für eine hohe Biodiversität der Flora und Fauna. Durch die Kleinteiligkeit dieser Naturparks und Biosphärenreservate wird zudem eine bayernweite Vernetzung geschaffen. Für die Bevölkerung, die Holzwirtschaft und den Tourismus wird dadurch ein höherer Wert erzielt.“ (vgl. S. 56, Wahlprogramm AfD)

6.1 Großflächig nutzungsfreie Schutzgebiete in der Laubwaldzone und in unseren Flussauen an Donau und Isar

Defizite bestehen hinsichtlich **großflächig nutzungsfreier Schutzgebiete** in Bayern vor allem in den Lebensräumen Laub- bzw. Laubmischwald (z.B. Spessart, Steigerwald, Rhön)

⁸² vgl. S. 38, Wahlprogramm SPD

⁸³ vgl. S. 10 u. 26, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

⁸⁴ vgl. S. 120, Wahlprogramm LINKE

⁸⁵ vgl. S. 62, Wahlprogramm ÖDP

und den Flussauen an Donau und Isar. Hier fordert der LBV die **Einrichtung entsprechender Schutzgebiete** mit einer **Ausdehnung von mehreren tausend Hektar**. Der LBV hat hierzu detaillierte Vorschläge gemacht.

Die **SPD**⁸⁶ und die **GRÜNEN**⁸⁷ teilen diese Forderung.

Die **GRÜNEN** fordern zusätzlich die Regierung von Oberfranken auf, das Schutzgebiet „Hoher Buchener Wald wiederherzustellen. (vgl. S. 10, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE)

Die **SPD** will „einen besseren Schutz, Ausweitung und stärkere Vernetzung unserer Schutzgebiete. Die Vermeidung von Eingriffen muss Vorrang vor dem Ausgleich haben.“ (vgl. S. 38, Wahlprogramm SPD)

Die Partei der **LINKEN** will unter anderem “die bestehenden und neu zu schaffenden Schutzgebiete großräumig miteinander (...) vernetzen, um Tieren und Pflanzen die Möglichkeit zu geben, zu wandern, sich zu paaren bzw. sich genetisch auszutauschen; dies wäre gleichzeitig ein Beitrag zur Anpassung an den Klimawandel.“ (vgl. S. 120, Wahlprogramm LINKE)

7. Unserer Natur eine Zukunft geben – Umweltbildung fördern

Der LBV fordert der Vermittlung von Wissen und Gestaltungskompetenzen im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung mehr Gewicht zu geben.

Die **CSU**⁸⁸ und die **GRÜNEN**⁸⁹ unterstützen diese Forderung.

Die **CSU** will „Umweltbildung stärken und das Naturerlebnis verbessern“. Deshalb soll ein “Biodiversitätszentrum in der Rhön, ein Walderlebnis- und Eichenzentrum im Spessart, das ‚Zentrum Naturerlebnis alpin‘ am Riedberger Horn und ein begehbares Donauaquarium zusammen mit dem Haus im Moos“ aufgebaut werden. (vgl. S. 58, Regierungsprogramm CSU)

Die **GRÜNEN** wollen „den Klimaschutz mit allen Facetten in die Lehrpläne einbringen.“ (vgl. S. 30, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE)

⁸⁶ vgl. S. 38, Wahlprogramm SPD

⁸⁷ vgl. S. 10, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

⁸⁸ vgl. S. 58, Regierungsprogramm CSU

⁸⁹ vgl. S. 30, Wahlprogramm BÜNDNIS 90/GRÜNE

7.1 Verwaltungspauschale von 40.000 Euro pro Jahr für alle staatlich anerkannten Umweltstationen

In keinem der Wahlprogramme findet sich eine entsprechende Position zum Thema.

7.2 Kostenlose Umweltbildungsaktionen für Grundschüler

In keinem der Wahlprogramme findet sich eine entsprechende Position zum Thema.

7.3 Stärkung der Lehre zur Artenkenntnis und Artenvielfalt an Schulen und Hochschulen

In keinem der Wahlprogramme findet sich eine entsprechende Position zum Thema.

8. Sonstiges

Position von SPD

Patente auf Pflanzen, die anhand biologischer Verfahren gezüchtet werden, lehnt die SPD ab, die Fortschritte in der Pflanzenzucht zur Erhaltung der Biodiversität beitragen (vgl. S. 41, Wahlprogramm SPD).

Die SPD will „den konsequenten Ausbau von Agrarumweltmaßnahmen vollziehen.“ Dabei sollen „Gemeinwohlleistungen honoriert“ werden. „In der Landwirtschaft müssen deutlich mehr Naturschutzflächen gefördert werden, die der Artenvielfalt zugutekommen“ (vgl. S. 41 f., Wahlprogramm SPD).

Eine Humusstrategie, welche die SPD starten will, soll Bayerns Böden nachhaltig stärken. (vgl. S. 42, Wahlprogramm SPD)

„Wir werden den Ökolandbau auf mindestens 20 Prozent der Landesagrarfläche ausbauen. Neben der stärkeren Förderung der Betriebe wollen wir die Bildungsangebote ausbauen, die Forschung und Beratung intensivieren und die Vermarktung bayerischer Bioprodukte aus einem Guss flächendeckend fördern.“

Position der FREIEN WÄHLER

Die FREIEN WÄHLER fordern „Trittsteinkonzepte“ zu fördern (vgl. S. 26, Wahlprogramm FW). Außerdem plädieren sie für den „Schutz heimischer Tier- und Pflanzenarten vor invasiven Arten und Management zum Schutz sensibler Arten von dominierenden Kultur-

folgern“ und für „produktionsintegrierte Maßnahmen für den Artenschutz in der Landwirtschaft aus Mitteln des finanziellen Ausgleichs für Baumaßnahmen“ (vgl. S. 38, Wahlprogramm FW).

Position der FDP

Die FDP fordert, „dass sich die bayerische Umweltpolitik an der Resilienz - also der Widerstandsfähigkeit - der Ökosysteme orientiert. Artenschutz und Bestandsentwicklung muss endogene (fremde) Arten stärker in den Blick nehmen, sie beobachten und gegebenenfalls unter Kontrolle halten.“

Die FDP ist der Meinung, dass „sowohl die Klimaerwärmung als auch der aktuelle Bevölkerungszuwachs (...) in Bayern Auswirkungen auf das Ökosystem haben (werden) und die Tier- und Pflanzenwelt möglicherweise verändern.“ Migrationsbewegungen der europäischen Tierwelt sollen daher vereinfacht werden, z.B. durch die Förderung des Grünen Bands oder (...) (den) Wildkatzenweg.“ Die „Bedürfnisse des Menschen – wie beispielsweise Infrastruktur“ müssen mit diesen Maßnahmen laut FDP allerdings auch vereinbar sein. (vgl. S. 32, Wahlprogramm FDP)

Position der LINKEN

Im Bundesrat soll zusätzlich ein Gesetzesentwurf eingebracht werden, „mit dem Ziel, dass der Einsatz synthetischer Nanomaterialien in umweltoffenen und verbrauchernahen Anwendungen solange gestoppt wird, bis wirksame nanospezifische Regelungen in Kraft sind, die mögliche Risiken für Menschen und Umwelt ausschließen sowie eine Kennzeichnungspflicht für Nanomaterialien in Produkten enthalten.“ (vgl. S. 120, Wahlprogramm LINKE)

Position von BÜNDNIS90/GRÜNEN

„Bis 2025 sollen 30 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen in Bayern ökologisch bewirtschaftet werden. Überall dort, wo Bayern Gestaltungsspielraum hat, werden wir ihn für einen Umbau der Landwirtschaft hin zu mehr Bio nutzen. Dafür stocken wir die Gelder für Förderung und Forschung deutlich auf. Das fängt bei der Aus- und Fortbildung an: Dort muss der Ökolandbau als vollwertige Alternative zur konventionellen Landwirtschaft verankert werden. Und es geht weiter bei einer kompetenten Beratung durch personell entsprechend ausgestattete Behörden sowie einem staatlichen Öko-Agrarmarketing.“ (vgl. S. 17 f., Wahlprogramm BÜNDNIS90/GRÜNE).

IV. Zusammenfassung

Darüber, dass weiterer Handlungsbedarf besteht, um das Artensterben in Bayern zu stoppen und die Biodiversität zu schützen besteht weitestgehend Konsens unter den Parteien. Alle untersuchten Parteien haben das Thema Naturschutz in ihren Wahlprogrammen (bzw. für die CSU im Regierungsprogramm) aufgenommen.

Große Aufmerksamkeit erhält das Thema bei SPD, GRÜNEN, LINKEN und ÖDP. Die GRÜNEN als Partei, dessen Kernthema der Naturschutz ist, haben eine Reihe an konkreten Forderungen aufgestellt und schlagen in ihrem Aktionsplan zahlreiche Maßnahmen vor. Dort finden sich auch sehr viele der Forderungen des LBV wieder. Auch die SPD hat viele der Forderungen des LBV in ihrem Wahlprogramm übernommen. Es finden sich dort fast alle Themen des LBV wieder. Die LINKEN gehen an vielen Stellen, wie beispielsweise der Frage nach einem neuen Nationalpark, noch über die Forderungen des LBV hinaus. Auch sie decken einen Großteil der Themen des LBV in ihrem Wahlprogramm ab. Ebenso verhält es sich bei der ÖDP, in deren Wahlprogramm sich zahlreiche der LBV-Forderungen finden lassen.

Die CSU hingegen hat kaum konkrete Maßnahmen zum Naturschutz in ihrem Regierungsprogramm. Möglicherweise wird das Wahlprogramm, das Mitte September 2018 veröffentlicht werden soll, hier detaillierter sein. Die FREIEN WÄHLER haben Positionen zu den Kernpunkten des LBV, wenn sie auch durch den stichpunktartigen Aufbau des Wahlprogramms knapp gehalten sind. In manchen Punkten, wie bei der Frage nach der dritten Startbahn am Münchner Flughafen, stimmen die FREIEN WÄHLER mit dem LBV überein. Für die FDP ist neben der Ökonomie auch die Ökologie von Bedeutung und so kommt das Thema Naturschutz auch in ihrem Wahlprogramm vor. AfD und Bayernpartei behandeln Naturschutz nur am Rande.

Die Themen und teils auch die konkreten Forderungen des LBV haben durchaus Eingang in die Wahlprogramme einiger Parteien gefunden. Dennoch gilt es für den LBV weiterhin seine Interessen mit Nachdruck zu vertreten und sowohl die Oppositions- als auch die Regierungsparteien detailliert und qualifiziert zu beraten, damit die Forderungen des LBV auch tatsächlich ihren Platz auf der politischen Agenda finden.

V. Fazit

Die **Parteien sind sich weitestgehend einig**, dass weiterer Handlungsbedarf besteht, um das **Artensterben in Bayern zu stoppen** und die **Biodiversität zu erhalten**.

Das Thema **Naturschutz** haben **alle Parteien in ihre Wahlprogramme** aufgenommen. Große Aufmerksamkeit erhält der Naturschutz bei **SPD, GRÜNEN, LINKEN, und ÖDP**.

Die **GRÜNEN** haben eine **Reihe an Forderungen** sowie **konkrete Maßnahmen im ihrem Aktionsplan** formuliert. Dort finden sich **sehr viele der Forderungen des LBV** wieder.

Bei der **SPD** finden sich auch **fast alle Themen des LBV** wieder. Viele der **LBV-Forderungen** wurden übernommen.

Die **LINKEN** gehen an vielen Stellen noch **über die Forderungen des LBV hinaus** (z.B. bei der Frage nach einem neuen Nationalpark). Sie decken auch einen **Großteil der Themen des LBV** ab.

Bei der **ÖDP** finden sich **viele LBV-Forderungen** wieder.

Die **CSU** hat **kaum konkrete Maßnahmen zum Naturschutz** in ihrem Regierungsprogramm.

Die **FREIEN WÄHLER** haben **Positionen zu den Kernpunkten des LBV**. Durch den stichpunktartigen Aufbau des Wahlprogramms sind sie aber knapp gehalten.

Für die **FDP** ist neben **Ökonomie auch Ökologie** von Bedeutung. Daher kommt **Naturschutz** auch in ihrem Wahlprogramm vor.

AfD und Bayernpartei behandeln Naturschutz nur am Rande.

VI. Anhang

Kurzzusammenfassung

1. Bayerns einzigartige Vielfalt bewahren – Biodiversität in der Agrarlandschaft sichern

- Die Forderung des LBV nach Anpassung der Agrarumweltprogramme zum Erhalt und zur Sicherung der **Ökologischen Vorrangflächen (ÖVF)** ist so **in keinem der Wahlprogramme** enthalten.
- Die **GRÜNEN** fordern die Erhöhung des Anteils der Ökologischen Vorrangflächen und die konsequente Umsetzung der nationalen und europäischen Biodiversitätsstrategie.
- Die Forderung des LBV nach **sofortiger Reduktion von Pflanzenschutzmitteln** und einem langfristigen Verbot schädlicher Wirkstoffe teilen **SPD, FW, GRÜNE, LINKE, ÖDP und Bayernpartei**.
- Die Forderung nach **Insektenmonitoring** teilen die **GRÜNEN**.
- **SPD, FW, FDP und LINKE** thematisieren das Insektensterben, schlagen aber andere Maßnahmen vor (*Die **SPD** will das Insektensterben möglichst schnell stoppen, die **FW** fordern Programme zum Schutz von Bienen und der Förderung der Imkerei, die **FDP** will Menschen für den Lebensraum der Bienen sensibilisieren und die Ursachen für das Bienen- und Insektensterben weiter erforschen, die **LINKEN** wollen u.a. die Aufstockung der Mittel zur Förderung von Maßnahmen im Bereich der Bienenhaltung, ein Monitoring von Pestizidrückständen im Honig, eine intensive Erforschung von Bienenkrankheiten, ein Förderprogramm als Anreiz für Kommunen mehr Blühflächen zu schaffen und eine bessere Förderung von Streuobstwiesen sowie des Nahrungsangebots der Bienen*)
- Die Forderung nach ausreichend finanziellen Mitteln zur **Umsetzung von Artenhilfsprogrammen** und dem **besseren Schutz der Schutzgebiete** findet sich so in keinem der Wahlprogramme.
- Die **SPD** will besseren Schutz der Schutzgebiete.
- Die **GRÜNEN** wollen nationale und europäische Biodiversitätsstrategie auch in Bayern konsequent umsetzen.

2. Schutz von Gewässern – konsequente Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie

- **SPD und GRÜNE** teilen diese Forderung.
- Die Forderung nach **Vermeidung von Sedimenteinträgen** in Gewässern teilen **SPD und GRÜNE**.
- Die **verpflichtende Anlage von Gewässerrandstreifen** fordern auch **SPD, GRÜNE und LINKE**.
- Die Wiederherstellung der **Durchgängigkeit von Fließgewässern** fordern auch **SPD, LINKE und ÖDP**.
- Den **natürlichen Hochwasserschutz** fordern auch **SPD, GRÜNE, LINKE und ÖDP**.

3. Freiräume in den Alpen schützen – Erhalt des Bayerischen Alpenplans

- Den Erhalt des Alpenplans haben auch **SPD, GRÜNE, FDP, LINKE und ÖDP** in ihren Wahlprogrammen.
- Die Forderung nach **Rücknahme der Neuzonierung am Riedberger Horn** unterstützen **SPD und GRÜNE**.
- Die Forderung nach **Artenschutzmaßnahmen für das Birkhuhn** am Riedberger Horn findet sich in keinem der Wahlprogramme.
- Die Forderung **keine Beschneigungsinfrastruktur** zu fördern, teilen **GRÜNE und ÖDP**

4. Staatlichen Naturschutz stärken – mehr Stellen für eine effektive Naturschutzarbeit

- Die **CSU** will die bayerischen **Naturparke mit Naturparkzentren und Naturparkrangern stärken**
- Die **FDP** will neben konkreten Maßnahmen im Umweltschutz auch die Institutionen stetig verbessern. Daher schlägt sie vor, die Stelle einer **Ombudsperson für zukünftige Generationen** am Bayerischen Landtag einzurichten. Diese Person soll bewerten, ob ein Gesetz den künftigen Generationen hilft.
- **Die konkreten Forderungen des LBV sind in keinem der Wahlprogramme enthalten.**

5. Heimat erhalten – Flächenverbrauch eingrenzen

- **CSU, SPD und FDP** wollen, dass **Nachverdichtung Vorrang vor Neubau** hat.
- Die **CSU** will **dauerhafte Entsiegelung finanziell fördern**.
- Die **LINKEN** fordern den **Rückbau versiegelter Flächen**.
- Die Forderung den **Flächenverbrauch auf 5ha/Tag zu begrenzen** teilen **GRÜNE und ÖDP**.

- **SPD** teilt die Forderung nach einer **Lockerung des Anbindegebots**.
- **Gegen den Bau einer dritten Startbahn** am Flughafen München sind **SPD, Freie Wähler, GRÜNE, LINKE und ÖDP**
- **Für den Bau einer dritten Startbahn** ist die **FDP**.

6. Raum für Wildnis durch große Schutzgebiete – ein 3. Nationalpark für Bayern

- Für die Einrichtung eines **dritten Nationalparks** sind **SPD, GRÜNE, LINKE und ÖDP**.
- Für **GRÜNE, LINKE und ÖDP** sind auch **mehrere neue Nationalparks** denkbar.
- **SPD und GRÜNE** teilen die Forderung nach **Einrichtung neuer Schutzgebiete**.

7. Unserer Natur eine Zukunft geben – Umweltbildung fördern

- **CSU und GRÜNE** unterstützen die Forderung nach einer **Förderung von Umweltbildung**.
- **Die konkreten Vorschläge des LBV dazu finden sich so in keinem der Wahlprogramme wieder.**

Tabelle über die Parteipositionen

Übersicht	CSU	SPD	FW	GRÜNE	FDP	Die LINKE	AfD	ÖDP	Bayernpartei
Anpassung der Agrarumweltprogramme			Yellow	Yellow			Yellow		
Reduktion/Verbot von Pflanzenschutzmitteln	Yellow	Green	Green	Green	Yellow	Green		Green	Green
Monitoring von Insekten		Yellow	Yellow	Green	Yellow	Yellow			
Finanzielle Mittel für das Biodiversitätsprogramm		Light Green		Light Green					
Umsetzung der Europ. Wasserrahmenrichtlinie		Green		Green		Yellow		Yellow	Yellow
Vermeidung von Sedi- menteinträgen		Green		Green	Yellow				
Gewässerrandstreifen		Green		Green		Green			
Durchgängigkeit von Fließgewässer		Green				Green		Green	
Natürlicher Hochwas- serschutz		Green		Green	Yellow	Green		Green	
Gegen Beschneigungs- infrastruktur				Light Green				Light Green	
Stärkung des staatlichen Naturschutzes	Green				Light Green				
Mehr Personal in der Naturschutzverwaltung									
Biodiversitätsberater_in									

Evaluierung von Kompensationsflächen									
Flächenverbrauch eingrenzen	alternative Position	alternative Position	alternative Position	Forderung übernommen		alternative Position		Forderung übernommen	
Keine dritte Startbahn		Forderung übernommen	Forderung übernommen	Forderung übernommen	Gegenposition	Forderung übernommen		Forderung übernommen	alternative Position
3. Nationalpark		Forderung übernommen		Forderung übernommen	alternative Position	alternative Position		Forderung übernommen	Gegenposition
Schutzgebiete in Flus-sauen		Forderung übernommen		Forderung übernommen					
Umweltbildung	Forderung übernommen			Forderung übernommen					
Verwaltungspauschale für Umwelteinrichtungen									
Umweltaktionen für Grundschüler									
Biodiversität an (Hoch)schulen									

Forderung übernommen, Forderung teilweise übernommen, alternative Position, Gegenposition, leer=keine Position

Tabelle über die Parteipositionen, Darstellung CAP 2018

VII. Literaturverzeichnis*

Bayerische Staatsregierung. (2008). *Strategie zum Erhalt der biologischen Vielfalt (Bayerische Biodiversitätsstrategie)*. https://www.stmuv.bayern.de/themen/naturschutz/biodiversitaet/doc/biodiv_strategie_endfass06_2009_ba1.pdf

Dr. Markus Söder. (2018). *Regierungsprogramm*. https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dokumente/2018/Regierungsprogramm_2018.pdf

Bayern SPD. (2018). *Programm zur Landtagswahl 2018: Zukunft im Kopf Bayern im Herzen*. https://bayernspd.de/workspace/media/static/programm_ltw2018-5b27b5e455589.pdf

Freie Wähler- Bayerns starke Mitte. (2018). Für die Zukunft unserer Heimat: Programm zur Landtagswahl 2018. https://www.freie-waehler-bayern.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/FW_Broschuere_Wahlprogramm_A6_v2_WEB.pdf

Bündnis 90/Die Grünen. (2018). Mit uns die Zukunft! Landtagswahlprogramm Bayern 2018. <https://ichwill.gruene-bayern.de/wp-content/uploads/2018/08/wahlprogramm.pdf>

Freie Demokraten- FDP. (2018). Wahlprogramm: Frisches Bayern. <https://fdp-bayern.de/wp-content/uploads/2018/06/180621-LTW-Programm.pdf>

Die Linke- Landesverband Bayern. (2018). Mehr für die Mehrheit: Landtagswahlprogramm 2018. <https://www.die-linke-bayern.de/fileadmin/Bayern/Wahlen/Landtag2018/Programm/Landtagswahlprogramm.pdf>

AfD Bayern. (2018). Bayern. Aber sicher! Wahlprogramm Landtagswahl Bayern 2018. https://cdn.afd.tools/sites/170/2018/07/17192701/2018_AfD_Bayern_Wahlprogramm2.pdf

ÖDP: Ökologisch- Demokratische Partei. (2018). 132 Gründe, die ÖDP zu wählen! https://www.oedp-bayern.de/fileadmin/user_upload/landesverbaende/lv-bayern/programm/OEDP-Bayern-Programm-2018.pdf

Bayernpartei. (2018). Weiß-Blaues-Manifest. <https://bayernpartei.de/programm-zur-landtagswahl-2018/>

*Alle Internetquellen zuletzt aufgerufen am 15.09.2018